

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: (0228) 91520-12 (Redaktion)
91520-16

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB stellt eine Initiative zur jüngsten Entwicklung in der Türkei vor: Das Kurdenproblem friedlich lösen.

Seite 1

Dr. Rolf Linkohr MdEP fordert eine intensive energiepolitische Kooperation mit dem Osten: Die Zeit der Studien ist vorbei.

Seite 3

Dokumentation

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas hat ein frauenpolitisches Programm erarbeitet. Wortlaut

Seite 5

49. Jahrgang / 26

7. Februar 1994

Das Kurdenproblem friedlich lösen Menschenrechtsverletzungen sind keine innertürkische Angelegenheit

Von Karsten D. Voigt MdB
Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am 2. Februar wurde ein interfraktioneller Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP im Bundestag eingebracht, der sich "Für eine friedliche Lösung des Kurdenproblems in der Türkei" einsetzt (Drucksache 12/6728). Dieser Antrag erfolgte nach einer Diskussion im Auswärtigen Ausschuß, in der alle Fraktionen die Meinung vertraten, daß der Deutsche Bundestag sich mit der Eskalation der Gewalt in der Südost-Türkei auseinandersetzen sollte. Die Bundesregierung hat im Einvernehmen mit allen großen Parteien die PKK verboten und unterstützt damit die türkische Regierung in ihrem Kampf gegen den Terror der PKK.

Im Auswärtigen Ausschuß besteht aber Einigkeit darüber, daß das Kurdenproblem nicht ausschließlich mit Gewalt gelöst werden kann, schon gar nicht, wenn diese Gewalt zu erheblichen von aller Welt kritisierten Menschenrechtsverletzungen führt und die ostanatolische Bevölkerung kurdischer Herkunft dadurch immer weiter in die Arme der PKK getrieben wird. Der gemeinsam erarbeitete Antrag wurde von allen Fraktionen beschlossen.

Am Donnerstag zog erst die FDP und am Freitag nun auch die CDU/CSU diesen Antrag zurück. Offensichtlich ist die Angst der Fraktionsführungen der Regierungsparteien vor einer Verstimmung mit der Regierung der Türkei gewichtiger als das Votum beider Regierungsfractionen.

Wir sind der Ansicht, daß es auch unter befreundeten Ländern richtig und notwendig ist, offen über Differenzen zu diskutieren. Wir haben es begrüßt, als nach den ausländerfeindlichen Vorfällen in Deutschland der türkische Menschenrechtsausschuß eine Inspektionsreise durch Deutschland machte. Ebenso ist es selbstverständlich, daß im Bundestag kritisch über Mißstände in der Türkei gesprochen werden kann. Die Entwicklungen dort sind aufgrund der gemeinsamen Verpflichtungen durch die Unterzeichnung der KSZE-Beschlüsse und der Mitgliedschaft im Europarat und in der NATO nicht nur eine innertürkische Angelegenheit.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2 b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendete Lösung
mit umweltfreundlicher
Kreuzungspapier



Die SPD-Fraktion wird an dem gemeinsam erarbeiteten Antrag festhalten und ihn als Antrag der SPD-Fraktion einbringen. Der Antrag lautet wie folgt.

Für eine friedliche Lösung des Kurdenproblems in der Türkei

Der Deutsche Bundestag beobachtet mit großer Sorge die Eskalation der Gewalt in Südostanatolien, die inzwischen auch auf Europa übergreift. Der Deutsche Bundestag:

1. ist der Überzeugung, daß die Ursachen der Gewalt in der seit Jahrzehnten ungelösten Kurdenfrage liegen, was dazu geführt hat, daß bis heute den kurdischen Türken kulturelle Autonomie und lokale Selbstverwaltung weitgehend verweigert werden.
2. ist der Ansicht, daß eine Eskalation der Gewalt das Problem nicht lösen wird, sondern nur zu einer Vervielfachung des menschlichen Leides führt und friedliche Lösungswege erschwert.
3. verurteilt die terroristischen Gewaltakte der PKK gegen Türken und Kurden, gegen Touristen soweit gegen türkische und deutsche Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland.
4. appelliert an die PKK, ihre menschenverachtende Terrorpolitik unverzüglich einzustellen.
5. hält die Politik der türkischen Regierung für aussichtslos, die PKK ausschließlich mit militärischer Gewalt bezwingen zu wollen. Er mißbilligt die mit dieser Politik verbundenen Menschenrechtsverletzungen und die Zerstörung von vielen Dörfern und Teilen von Städten.
6. appelliert an die Regierung der Türkei, als Mitglied des Europarates und als Signatarstaat der UN-Antifolter-Konvention die von den türkischen Sicherheitskräften leider immer noch praktizierte Folter wirksam zu unterbinden.
7. erinnert die türkische Regierung an ihr Versprechen, die der Türkei im Rahmen der NATO-Verteidigungshilfe beziehungsweise der Rüstungssonderhilfe zur Verfügung gestellten deutschen Waffen nur zur Landesverteidigung zu verwenden.
8. begrüßt, daß sowohl in der türkischen Öffentlichkeit, im Parlament und auch in der Wirtschaft ein Umdenken in Richtung größerer Dialogbereitschaft mit den Kurden begonnen hat.
9. erwartet von der türkischen Regierung, daß im Sinne des laizistischen türkischen Staatsverständnisses den religiösen Minderheiten wie Assyrem, Yaziden und Aleviten der diesen Bevölkerungsgruppen zustehende Schutz gewährt wird.
10. fordert die "Große Türkische Nationalversammlung" und die türkische Regierung dringend auf, unverzüglich einen konstruktiven Dialog mit allen demokratischen Kurdenorganisationen aufzunehmen, die für eine friedliche Erlangung der legitimen Rechte der Kurden eintreten.
11. erwartet, daß bei den kommenden Kommunalwahlen alle bestehenden demokratischen Parteien die Möglichkeit haben, sich dem Wählerwillen zu stellen.
12. ermuntert die türkische Regierung, dazu beizutragen, soweit die Sicherheitslage es zuläßt, in den unterentwickelten kurdischen Wohngebieten in Ostanatolien für bessere wirtschaftliche und sozial gerechte Lebensverhältnisse zu sorgen.

13. ermutigt die türkische Regierung, auf dem Weg eines Ausbaues des Rechtsstaates weiter zu gehen, die Verfassung zu erneuern und die Diskussion über eine Verschärfung der Anti-Terrorgesetze und der Wiederanwendung der Todesstrafe einzustellen.
14. erwartet, daß die im Regierungsprogramm der Koalition der "Partei des richtigen Weges" und der "Sozialdemokratischen Volkspartei" versprochenen Maßnahmen zur Demokratisierung, im Bereich der Menschenrechte und zur Ausfüllung des in diesem Zusammenhang von der türkischen Regierung selbst propagierten Begriffs der "kurdischen Identität" durchgeführt werden.

(-/7.2.1994/vc-he/rs)

Die Zeit der Studien ist vorbei

Eine intensive energiepolitische Kooperation mit dem Osten liegt auch im sicherheitspolitischen Interesse des Westens

Von Dr. Rolf Linkohr MdEP

Energie-Experte der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Wir sind auf einem guten Weg, müssen aber noch einiges dazulernen und Korrekturen vornehmen. Dieses Resümee kann man nach einem hochrangig besetzten Seminar über die Technische Hilfe der Europäischen Union an die Republiken der ehemaligen Sowjetunion (TACIS, bei Litauen: PHARE) im Bereich der nuklearen Sicherheit in Moskau sagen. Neben einer Beschleunigung der Ausschreibungsverfahren kommt es vor allem auf eine weitere Erhöhung des Anteils der Investitionen in den betroffenen Ländern auf Kosten der oft von westlichen Firmen angefertigten Studien an. Die Zeit der Studien ist vorbei. Jetzt ist Handeln gefragt. Die von Spontaneität und präziser Sachlichkeit geprägte Atmosphäre läßt die Tagung als wichtigen Meilenstein in der Geschichte der oft von Schwierigkeiten und Mißverständnissen begleiteten Kooperation zwischen Ost und West erscheinen.

Wegen diverser Schwierigkeiten bei der Abwicklung des Programmes hat das Europäische Parlament (EP) die Hälfte der für 1994 vorgesehenen TACIS-Mittel in Höhe von 510 Millionen ECU (circa eine Milliarden DM) in eine Haushaltsreserve gestellt, die nur unter bestimmten Voraussetzungen aufgehoben werden kann. Kritisiert wurde in der Vergangenheit neben der "Selbstbedienungsmentalität" vieler westlicher Beratungsfirmen unter anderem die Konzentration der Mittel auf die Metropole Moskau, die langwierigen Ausschreibungsverfahren und der entsprechend langsame Abfluß der Mittel. Auch die Tatsache, daß die Ergebnisse von Studien oft im Westen verblieben hat bei den Betroffenen stellenweise zu Zweifeln über den Wert der Hilfsprogramme geführt.

Auf Druck des Parlaments war per Verordnung bereits für die in 1993 auszugebenden Mittel ein Anteil von 40 Prozent für konkrete Investitionen eingeräumt worden, was auch zu Fortschritten, nicht zuletzt atmosphärischer Natur, geführt hat. Im Gegensatz zur EU kann jedoch beispielsweise die Osteuropabank in London (EBRD), die auf zwischenstaatlicher Basis funktioniert, unter anderem mit EU-Zuschüssen ihre für 1993 bis 1995 auf 110 Millionen ECU veranschlagten Zuschüsse zu 100 Prozent für investive Maßnahmen ausgeben. Ich forderte in diesem Zusammenhang eine "deutliche Erhöhung" des Investitionsanteils bei den TACIS-Mitteln auf "mindestens 75 Prozent".

Gerade im Bereich der nuklearen Sicherheit ergibt sich aufgrund der an sich vernünftigen offenen Ausschreibungsverfahren das Problem, daß die letztlich Investitionen ausführenden Unternehmen oft nicht mit denen identisch sind, die die notwendigen vorbereitenden Studien erstellt haben. Im Gegensatz zur EU können einzelne Mitgliedstaaten, in denen sich in der Regel nur ein nationaler Anbieter für Nukleartechnologie im großen Stil findet, hier bislang mit beschränkten Ausschreibungen schneller und effizienter ihre Programme umsetzen. Um einer weiteren Verschwendung von Zeit und Ressourcen und dem "technischen Unsinn" der Doppelarbeit vorzubeugen, sollte auch in der EU in Zukunft für diesen Sonderfall mit beschränkten Ausschreibungen gearbeitet werden. Zu prüfen wäre darüber hinaus die Unterstützung einzelner bilateraler Partnerschaften westlicher mit östlichen Kernkraftwerksbetreibern.

Zu den für die Europäer zu lernenden Lektionen gehört auch die des großen Selbstbewußtseins des Kernenergiesektors in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion. Mit über 600 Millionen Dollar (über eine Milliarde DM) stellte dieser neben den Primärenergien einen für die russische Wirtschaft lebenswichtigen Exportartikel im Jahr 1993 dar. Vereinzelte Hoffnungen des Westens auf einen raschen Ausstieg sind angesichts der Ausbauprogramme für die Kernindustrie illusionär. Vielmehr kommt es auf den Aufbau einer langfristig angelegten vertrauensvollen Kooperation zugunsten der Sicherheit an.

Konkret anregen möchte ich ein gemeinsames internationales Forschungsprogramm zugunsten einer Reaktorlinie mit höchsten Sicherheitsanforderungen. Gleichzeitig muß eine gemeinsame Sicherheitsphilosophie entwickelt werden, die menschlichen Leichtsinn im Umgang mit der gefährlichen Kerntechnik - wie in Tschernobyl - in Zukunft undenkbar macht. Eine große Hilfe wäre es auch, wenn sich die EU darauf einließe, ihren Markt in Zukunft auch für angereichertes Uran aus Rußland zu öffnen.

Das von der EU, Japan und den USA miteingerichtete Internationale Wissenschaftlerzentrum, das Berufsperspektiven für arbeitslos gewordene Nuklearforscher liefern soll, kann nach langen Schwierigkeiten im April endlich mit der Arbeit an über 260 Projekten beginnen. Nachdem Präsident Jelzin das entsprechend EG-Protokoll noch vor der Parlamentswahl unterzeichnet hatte, steht in der kommenden Woche noch die Ratifizierung durch das Europaparlament aus.

Über die Zusammenarbeit im Nuklearbereich hinaus rege ich folgende Sofortmaßnahmen seitens der EU im Rahmen ihrer Hilfsprogramme an:

- o Mit einer Art BAföG soll dafür gesorgt werden, daß Studenten sich ihr Studium weiterhin leisten können und das immense technische know-how der ehemaligen UdSSR nicht verloren geht. Angesichts der Lebenshaltungskosten von circa 15 DM im Monat könnte man hier mit wenig Geld viel Sinnvolles tun.
- o Ausweitung der in Tschernobyl gewährten Hilfe in andere Katastrophengebiete in Rußland und Kasachstan. Etwa 100 Millionen Dollar pro Jahr sollten langfristig für die genaue Erforschung der Schäden zugunsten der Bevölkerungen veranschlagt werden. Miteinzubeziehen wären außerdem IWTZ in Moskau, die NATO und die zuständigen militärischen Behörden. Bereits im Jahr 1994 soll mit einigen Millionen ECU im verseuchten Gebiet bei Tscheljabinsk begonnen werden.
- o Mit heimischer Technik, heimischen Arbeitskräften und Betrieben soll in Moskau ein großer Wohnblock demonstrativ in ein Haus des Energiesparens umgebaut werden. Die notwendigen Vorstudien werden vom EU-Info-Center in Moskau geleistet. Sponsoren sind in der westlichen Energiewirtschaft zu finden. Weitere Projekte könnten über die EBRD vorfinanziert und in Form von Gaslieferungen von Rußland zurückbezahlt werden. Profitieren würden im übrigen auch die einheimische Wirtschaft als auch das Weltklima.

Die EU hat von 1991 bis 1993 etwa 200 Millionen ECU für die Verbesserung der Nuklearen Sicherheit ausgegeben. Zusammen mit weiteren über 125 Millionen ECU aus anderen Ländern entspricht diese Summe etwa 60 Prozent der von der G7-Gruppe für die dringendsten Maßnahmen veranschlagten Summe. 1994 will die EU weitere 100 Millionen ECU ausgeben. Insgesamt leisten die Europäer im Moment etwa 60 Prozent der Hilfe und nehmen den ehemaligen Sowjetrepubliken drei Viertel des Exports ab.

Zu dem Seminar hatte die Europäische Energiestiftung mit Sitz in Straßburg, deren Präsident der Autor ist, sowie die Kerntechnische Gesellschaft Rußlands sämtliche Energieminister der aus den Republiken mit kerntechnischen Anlagen (außer Rußland: Litauen, Belarus, Ukraine, Kasachstan, Armenien), die Aufsichtsbehörden, Forscher und Betreiber von Atomkraftwerken eingeladen. Auf westlicher Seite nahmen Europaabgeordnete, Vertreter der EU-Kommission sowie der Industrie an dem Gedankenaustausch teil.

(-17. Februar 1994/rs/ks)

DOKUMENTATION

Ein 10-Punkte-Programm für die Frauen in Europa

Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas hat ein frauenpolitisches Programm erarbeitet, das wir im Wortlaut dokumentieren.

Die Europäischen Sozialdemokraten fordern:

1. - Ein Europa der Frauen

Ein umfassender Bericht muß von der Europäischen Kommission über die Situation der Frauen in der Union (ein "Cecchini-Bericht" über die Situation der Frauen) erstellt werden. Dieser muß Gegenstand der Erörterungen zur Vorbereitung der Regierungskonferenz von 1996 und zur Änderung des Vertrages von Maastricht sein.

2. - Demokratie der Gleichberechtigten Partnerschaft

Die Macht der Demokratie in allen gewählten Körperschaften muß zur Hälfte den Frauen gehören. Alle Regierungen der Europäischen Union müssen Minister für Gleichberechtigung ernennen. Der Rat der Europäischen Union muß einen ständigen "Rat für Gleichberechtigung" einrichten. Die Hälfte der Mitglieder der Kommission müssen Frauen sein.

3. - Wirtschaftliche Bürgerrechte für alle Frauen

Frauen sollten das Recht auf Beschäftigung, angemessene Bezahlung und Arbeitsbedingungen, Gleichstellung in sozialer Sicherheit, Recht auf Versorgung der Kinder und flexiblere Arbeitszeiten haben. Das Delors-Weißbuch und das Grünbuch der Kommission müssen diese Forderungen durchsetzen.

4. - Prüfungsbericht über die Gleichstellung der Frau

Ein Gleichstellungsbericht muß jedes Jahr die Auswirkungen der Europäischen Integration und der Politiken der Europäischen Union auf die Situation der Frau zusammenstellen und bewerten. Alle Mitgliedstaaten müssen jährlich über die Auswirkungen der nationalen Haushalte und Politiken auf die Situation der Frau berichten.

5. - Obligatorisches EG-Recht zur Gleichstellung der Frau

Obligatorisches EG-Recht (Richtlinien) müssen in Dringlichkeitsverfahren für folgende Bereiche verabschiedet werden: Sorgerecht, Teilzeitarbeit, Elternurlaub, Umkehr der Beweislast und Gleichstellung in der sozialen Sicherheit.

6. - Solidarität Innerhalb der Gemeinschaft

Jede Gesellschaft muß eine gute Versorgung der Kinder, der Kranken und Pflegebedürftigen sowie der Senioren sichern. Gute Transporteinrichtungen müssen gewährleistet sein. Innenstädte müssen erneuert werden. Die Lebensumwelt muß für die kommenden Generationen geschützt werden.

7. - Selbstbestimmung für alle Frauen

Frauen müssen als unabhängige Personen in der Gesellschaft anerkannt werden. Frauen müssen ihre eigenen Rechte in Bezug auf Staatsangehörigkeit, Stellung im Wirtschaftsleben, Besteuerung, soziale Sicherheit und Fortpflanzung haben.

8. - Maßnahmen gegen Gewalt

Frauen müssen in allen Bereichen des Lebens gegen Gewalt geschützt werden; in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Gesellschaft. Frauenhandel darf es nicht mehr geben. Wir müssen gegen Rassismus und Fremdenhaß, gegen politischen Extremismus und Fundamentalismus kämpfen - auf welche Religion man auch immer sich beruft.

9. - Menschenrechte für die Frauen

Ohne Frauenrechte kann es keine Menschenrechte geben. Vergewältigung im Krieg muß als Kriegsverbrechen gelten; ihren Opfern gebührt die Anerkennung als Flüchtlinge. Weibliche Opfer müssen besonders unterstützt werden.

10. - Eine erweiterte Europäische Union für Frauen

Frauen der Europäischen Union wollen die Frauen in den Beitrittsländern weiter voranbringen. Wir begrüßen diesen positiven Ansatz bei der Erweiterung der Union.

(-/7. Februar 1994/rs/ks)
